

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Monat 750,— Mark.

Verlag Heinrich Fahrerbräck, Düsseldorf 100, Tannenstraße 5.
Druck und Verstand Joh. van Riesen,
Crefeld, Eichstrasse Nr. 53-55.
Fernruf: 4692.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Gegen den materialistischen Zeitgeist!

Zurück zum Gewerkschaftsgeist der Gründungszeit!

Durch den materialistischen Zeitgeist sind leider auch in unserer Bewegung schon zuweilen schlimme Verherrlichungen angerichtet worden. Manche Mitglieder kamen zu unserer Bewegung als wirkliche Idealisten, vom allerbesten Willen bestellt. Aus wahrer Liebe zur Sache der Arbeiter haben sie mit vorbildlicher Hingabe und Aufopferung Tag und Nacht jahrelang unserer Bewegung gedient. Eines Tages aber — angefecht durch das eigenstolze Treiben einzelner Führer — legten auch sie für jede Tätigkeit in der Bewegung den Maßstab des Geldverdienstes an. Die einzige Rücksicht für ihre weitere Mitarbeit war nur noch der Grundsatz geworden: Was kann ich dabei verdienen?

Gegen den alle sittlichen und ideellen Werte verachtenden Materialismus muß jeder Führer mit aller Macht ankämpfen. Der Führer hat jedes Recht zur Kritik vermählt gegenüber dem Mammonsgespräch in anderen Ständen, wenn er nicht mit aller Entschiedenheit daran geht, in den eigenen Reihen den sich zuweilen breitmachenden Mammonsgespräch einzudämmen. Das muß schon in der Zukunft unserer Bewegung willkommen geschehen. Diese droht sonst im materialistischen Sumpf zu ertrinken und völlig zu Grunde zu gehen.

Das ist durchaus nicht zu schwärzen. Wie und wo sollen sonst noch Brücken geschlagen werden können vom Solidaritätsgefühl unter unseren eigenen Berufskollegen zum Gemeinschaftsgefühl als Staatsbürger? Wie und wo soll das aus tausend Wunden blutende deutsche Vaterland wieder aufgebaut werden können, wenn sich seine Führer nicht voll und ganz vom materialistischen Zeitgeist zu befreien vermögen? Wie sollen vor allem die Führer ihre Anhänger noch zu edlen Taten begeistern können, wenn diese im Führer nur einen vertrockneten Egoisten und Materialisten sehen?

Nein, es ist ganz gewiß keine Uebertreibung, der Materialismus kann noch einmal der Tod der Gewerkschaftsbewegung werden. Eine gesinnungsmäßige Umformung der Bevölkerung, ein Stück Erziehungsarbeit an unseren Mitgliedern ist einfach undenkbar bei einem weiteren Fortzuhören des materialistischen Zeitgeistes. In diesem Falle muß die Bewegung aufhören, eine Quelle der Regsammachung, eine Quelle charaktervoller Durchdringung des Einzelnen zu sein. Darum soll vor allem der Führer sich immer wieder ins Gedächtnis rufen: Zurück zum Idealismus! Fort mit aller Eigensucht und allem Materialismus!

Vor mehr wie 20 Jahren hielt der Gedanke des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses Herz und Geist der Gründungsmitglieder unserer Bewegung gefangen. Diesen war kein Weg zu weit, kein Opfer zu groß und keine Mühen und Entbehrungen zu hart und beschwerlich, um eine selbständige Bewegung zu schaffen und diese auch lebensfähig zu erhalten. Es war eine Zeit, wo Idealismus und begeisterter Hingabe an die gemeinsame Arbeitersache glänzende Triumphe feiern konnten. Leider hat ein Teil der heutigen Führer diese Zeit nicht miterleben oder doch nicht persönlich mitempfinden können. Darum sollte jeder Führer sich recht oft in diese Gründungszeit unserer Bewegung im Geiste hineinversetzen.

Wie in der Gründungszeit unserer Bewegung, so müssen auch jetzt wieder die Herzen der Führer höherschlagen für die Ideale unserer Bewegung. Diese verdienen es wahrhaftig, daß man für sie reibt warm wird und für sie auch die allergrößten Opfer bringt. Die Führer haben vor allem nach Kräften mitzuholen, daß der Idealismus wieder die Seele in unserer Bewegung werde und niemals mehr daraus entweiche.

Der Führer muß mit der Erziehungsarbeit bei sich selber beginnen. Tausend Augen sehe Tag für Tag auf ihn. Davon, wie er seine Aufgabe innerlich erfaßt, hängt für die Zukunft unserer Bewegung so ungeheuer viel ab. Der Führer und Volkserzieher darf nichts verlieren von dem heiligen Sinne derer, die ganze Nächte an die Bewegung gegeben haben, die ihre ersparten Gelder willig und treulich der Bewegung geopfert und die in bitteren Nächten die erste Furcht der Bewegung gezogen haben.

Nur wenn die Führer wirkliche Idealisten sind, wird und muß es gelingen, den alten Gründungsgeist weiter zu pflegen, der die erste stürmische Zeit unserer Bewegung durchlebte. Es wird und muß dann auch gelingen, die Mitgliedermassen in Hingabe und Aufopferung für die Bewegung zu erhalten und immer wieder neue und idealdenkende Mitstreiter unserer Bewegung zu zuführen.

„Goldlöhne“ oder Anpassung der Löhne und Gehälter an die gesunkene Kaufkraft?

Von Bernhard Otte, Generalsekretär des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Fast in jeder Zeitung, welche man zurzeit in die Hand bekommt, wird die Frage der sogenannten Goldlöhne oder eines werbelfähigeren Lohnes behandelt. Daß die Behandlung dieser Frage vielfach sehr dilettantenhaft und den wirklichen Verhältnissen wenig gerecht wird, erfolgt, sei nur nebenbei betont. Einige Tageszeitungen brachten es sogar fertig, den Marktpunkt am Montag in Verbindung mit der Forderung der Arbeitnehmer nach Goldlöhnern zu bringen. Kurz: die Diskussion über diese wichtige und schwierige Frage ist überall im Gange. In den Kreisen der Arbeitnehmer herrscht über die jetzigen Zustände eine große Erregung. Die Arbeitnehmer sagen sich mit Recht: ungezählte Gruppen und Kreise halten sich trotz der Marktentwertung schadlos, sie passen ihre Preise rücksichtslos der Geldentwertung an, während sich unsere Lebenshaltung, da wir unsere Löhne unter vielfach zu geringen Erhöhungen in einem Zeitpunkt, in dem sie durch die Geldentwertung längst überholt sind, ausgezahlt erhalten, andauernd verschlechtert.

Nichtsdestoweniger ist es aber notwendig, die ganze Frage unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlich Möglichen und nicht unter dem des Wunsches zu betrachten. Mit dem Wort „Goldlöhne“ werden verschiedene Begriffe verbunden; Begriffe, welche sich in der Praxis nicht verwirklichen lassen. In weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft versteht man darunter Friedenslöhne, welche durch entsprechende Aufschläge stets auf dem Friedensstand, bzw. Friedenswert gehalten werden. Nun dürfen wir uns aber darüber nicht täuschen, daß wir keine Friedensverhältnisse mehr haben. Die wirtschaftliche Basis, auf der wir stehen, ist sehr geschwächt, und alte dieselben Volkschichten, welche sich vollkommen schwäbisch halten, schwäbisch halten vielmehr auf Kosten der breiteren Masse, bilden im Verhältnis zu den Millionen Arbeitnehmern, Sozialrentnern, Kriegsbeschädigten usw. nur einen kleinen Bruchteil. Man darf sich nicht darüber täuschen, daß die Kürzung des zu großen und mit Recht großes Vergessen erregenden Einkommens dieser Kreise durch eine Verteilung auf die Millionen Arbeitnehmer nur wenig auf den einzelnen ausmachen würde.

Auch bei dieser Frage dürfen wir wiederum nicht außer acht lassen, daß der große außenpolitische Druck, welcher auf unserem Wirtschaftsleben liegt, seine hemmende und beeinträchtigende Rückwirkung auf alle sozialen und wirtschaftlichen Fragen im Innern unseres Landes ausübt. Edendo wie die Lohnfrage nicht lediglich ein Verteilungsproblem, sondern vorwiegend ein Produktionsproblem ist, muß man sich klar darüber sein, daß „Goldlöhne“ in dem vielfach verstandenen Sinne folgerungen auslösen, welche zu untragbaren Verhältnissen — wenigstens im gegenwärtigen Augenblick — führen würden. Im Hintergrund sogenannter Goldlöhne steht die Goldrechnung. Konsequent durchgeführt bedeutet das, daß der Staat in seinem Haushalt für seine Beamten usw. sich darauf einstellen müßte, daß ferner in allen Dingen, wo noch nicht in Gold gerechnet wird, dieses automatisch sich vollziehen würde. Man denke nur einmal an die Mieten. In Friedenszeiten müßten die Arbeitnehmer, im allgemeinen gesehen, wenigstens ein Sechstel, im Durchschnitt sogar ein Fünftel ihres Einkommens für Wohnungsmiete ausgeben. Der Übergang zu Goldlöhnern und zur Goldrechnung würde sich zweifellos ohne schwere innere Erschütterungen und ohne größere Arbeitslosigkeit nicht vollziehen können. Aus all diesen Gründen scheint es richtiger, daß das Wort „Goldlöhne“ im Zusammenhang mit der jetzt notwendigen Neuregelung der Löhne und Gehälter ausscheidet. Richtig betrachtet, ist das Wort „Goldlohn“ ein Schlagwort.

Die Situation steht aber zurzeit so, daß etwas geschehen muß. So geht es nicht weiter. Was ist nun nötig bzw. möglich, um zu werbelfähigeren Löhnen und Gehältern, bzw. zu einer Anpassung der Löhne und Gehälter an die gesunkene Kaufkraft zu kommen?

Sowohl die Spitzengewerkschaften unter sich, wie auch das Reichsarbeitsministerium mit den Spitzengewerkschaften, und umgekehrt haben bereits einige Besprechungen gehabt. Die Verhandlungen werden im Laufe dieser Tage noch weiter fortgeführt. Aus den bisher geführten Besprechungen ergibt sich bereits eine Grundlage, auf der jedenfalls diese umstrittene Frage eine den Um-

fändern nach mögliche Lösung finden dürfte. Die Versprechungen und Verhandlungen werden beschleunigt, weil die Angelegenheit dringt. Mit dem Ergebnis werden ebenfalls Besprechungen stattfinden und es wird so in deren Verhältnis wechselseitig abhängen, ob man ohne gesetzliche Bindungen und Verordnungen zu demjenigen kommen kann, was mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage notwendig ist. Die Gewerkschaften aller Brüderungen denken sich im großen und ganzen die Lösung der Frage so: die zu künftigen Löhne und Gehälter werden bestehen a) aus einem Grundlohn und b) aus einem beweglichen kurzfristigen Zugestag zum Grundlohn, der jeweils auf Grund eines verbesserten Lebenshaltungsindex errechnet wird.

Der Grundlohn soll nach wie vor der freien Vereinbarung unter den Parteien, also der Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, unterliegen. Wie hoch soll nun der Grundlohn sein? Derselbe wird, wie es auch jetzt der Fall ist, nicht für alle Gewerbe gleich sein können. Die Verhältnisse sind in den einzelnen Gewerben sehr verschieden. Auch wird man nicht ohne weiteres eine Anlehnung an die Friedensverhältnisse zur Grundlage nehmen können, weil im Wirtschaftsleben gegenüber der Friedenszeit große Verschiebungen vor sich gegangen sind. Verschiebungen sowohl hinsichtlich der Stellung der einzelnen Gewerbe im Wirtschaftsleben wie auch hinsichtlich der Löhne und Gehälter im Verhältnis zur Kriegszeit. Die Löhne zwischen gelehrten und ungelernten Arbeitern haben sich, im Verhältnis zur Kriegszeit, zum Beispiel verschoben. Ferner liegen Verschiebungen in den Löhnen einzelner Gruppen und Gewerbe vor. Hinzu kommt, daß z. B. für die Angestellten, die Gehaltserhöhung im Frieden fast ganz individuell gestaltet war und Tarifverträge eine Seltenheit waren. Aus all diesen Gründen kann der Grundlohn gar nicht auf einen einheitlichen Nenner gebracht werden und muß nach wie vor der freien Vereinbarung unter den Parteien und notwendigerweise auch dem gewerkschaftlichen Kampf unterliegen. Um zu einer möglichst schnellen Regelung zu kommen, wird man vorerst vielleicht ungefähr von dem gegenwärtigen Lohn als Grundlohn ausgehen, und die Gewerkschaften haben dann, entsprechend ihrer eigenen Stärke und den wirtschaftlichen Verhältnissen zu versuchen, den Grundlohn auf eine höhere Basis zu bringen.

Zu dem Grundlohn kommt, wie vorhin bereits betont, der weniger kürzfristige Zugestag, der nach einem Index bemessen wird. Der bisher vielfach bei Lohnbewegungen gebrauchte Lebenshaltungsindex zeigt sehr große Mängel auf. Er basiert auf dem Ergebnis von zwei Stichtagen im Monat auf, und seine Veröffentlichung erfolgte erst, wenn er durch die inzwischen eingetretene Entwicklung längst überholt war. Man ist nun dahin übergegangen, wöchentlich eine Überprüfung auszubringen. Die Mittwochs jeder Woche in etwa 15 bis 20 deutschen Städten stattfindenden Erhebungen werden telegraphisch nach Berlin dem Statistischen Reichsamt mitgeteilt. Letzteres stellt diese örtlichen Erhebungen rechnerisch zusammen und der Index wird bereits am Ende der betreffenden Woche veröffentlicht. An dem Zustandekommen der Teuerungszahlen in den einzelnen Orten sind die Gewerkschaften bereits beteiligt, und es ergibt sich noch die Frage, ob bei der rechnerischen Zusammenstellung im Statistischen Reichsamt auch die Gewerkschaften beteiligt werden sollen. Des weiteren ist beachtigt, diesen Wochenindex noch besser und für eine Lohnberechnung günstiger zu gestalten. Der Index berücksichtigt weiter auch mit die geringsten Kulturdienstleistungen, ebenfalls nicht verschleiß bezw. Substanzzabnutzung. Es ist bedauernswert, auch dieser Richtung hin den Index zu verbessern, damit er nicht ganz mehr der „Index für den armen Mann“, — was er seither war — ist. Wenn nun allwöchentlich die Teuerung an Hand eines verbesserten Index angezeigt und die Zuschläge danach bemessen werden, ist ein sehr großer Teil der bisherigen Unstabilität aus der Welt geschafft. Es kommt allerdings hierbei noch ein Umstand in Frage, der nicht ganz übersehen werden darf. Auch mit diesem verbesserten kurzfristigen Index wird man nur die jeweils vorhandene Teuerung erfassen, nicht aber — das ist in Zeiten ständig fortschreitender Geldentwertung wichtig — die kommende Teuerung. Aus dem Grunde bleibt noch zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig ist, den Lebenshaltungsindex mit einem anderen Index zu kombinieren. Hier würde wohl nur der Groß-

Wahrung der Rechte

Verbands auch allwöchentlich an Beiträgen das geben, was dieser zur Durchführung seiner Aufgaben braucht.

handelsindes, welcher der Teuerung im Kleinhandel steis voraussetzt, in Frage kommen können. Allerdings steht zu berücksichtigen, daß in Zeiten steigender Marktentwicklung der Großhandelsindes umgekehrt auch eher ein Nachlassen der Teuerung anzeigt, als es sich im Kleinhandel praktisch auswirkt. Nach wie vor scheint nun in Zukunft die Gewerkschaften Tarifverträge ab. Die Tarifverträge könnten dann auch für eine längere Dauer, etwa für drei Monate, insbesondere für eine Zeit, während der man glaubt, den Grundlohn auf der abgeschlossenen Basis halten zu sollen, vereinbart werden. Es kommt dann in die Tarifverträge die Bestimmung hinein, daß die seit der letzten Lohnzahlung auf Grund des Index errechnete Teuerung jeweils durch entsprechende prozentuale Aufschläge auszugleichen wird.

Im großen und ganzen entspricht die gekennzeichnete Linie dem, was bei den bisher geführten Beprechungen herausgekommen ist. Über manche Fragen wird allerdings noch weiter beraten werden müssen. Viel hängt auch von der Stellungnahme der Arbeitgeber ab. Wenn sich die Arbeitgeber in der Zentralarbeitsgemeinschaft etwa nicht bereit finden sollten, den veränderten Verhältnissen entsprechend Rechnung zu tragen, dann wird jedenfalls nichts anderes übrig bleiben, als durch irgendwelchen gesetzlichen Akt, sei es im Wege einer Notverordnung oder sonstwie, zu bestimmen, daß die ermittelten Teuerungszahlen auf Grund des Index durch angepaßte Lohnaufschläge ausgeglichen werden müssen. Auf alle Fälle ist aber ein Vereinkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ferner eine entsprechende Einstellung der Sozialversicherungs- und Schlafzugsanstalten, insbesondere auch mit Hilfe des Arbeitsministeriums, einer gelegederischen Maßnahme, deren praktische Auswirkung sich noch gar nicht ganz übersehen läßt, vorzuziehen.

Bei der Betrachtung der ganzen Dinge darf man nicht übersehen, daß diese Maßnahmen als Notmaßnahmen, welche durch die abnormalen wirtschaftlichen Verhältnisse bedingt sind, angesehen werden müssen. Eine Lösung der Frage auf der angegebenen Basis wird auch bedingen, daß der Staat für seine Beamten und für die Staatsarbeiter in gleicher Richtung verfahren muß und daß Rückwirkungen hinsichtlich der Bezeichnung der Zusatzlöhne für Erwerbslose, Sozialrentner usw. ohne weiteres gegeben sind. Alles in allem liegen aber die Verhältnisse so, daß die jeglichen Zulände im Lohnmessen dringend einer Änderung bedürfen. Die beteiligten Faktoren, insbesondere soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, sind bestrebt, die Frage recht bald und in einer Form, wie es den gegebenen Umständen nach nur möglich ist, zu einer Lösung zu bringen.

Zählt einen Stundenlohn als Wocheneintrag!

Wir durchleben gegenwärtig eine Zeit rasender Geldentwertung. Der Dollar, der am 15. Januar ds. Jrs. noch um M. 12 650 gehandelt wurde, stieg im Monat Februar auf 19 451,25, März 20 882,81, April 21 125,—, Mai 42 194,—, Mitte Juni 107 430,— bis 150 000,— gegenüber M. 4 200 in Friedenszeit. Die Folgen dieser Entscheidungen brachten nicht näher beleuchtet zu werden, unjere Mitglieder durchleben sie förmlich. Während förmliche militärische Streiks, Straßenkämpfe, Unruhe und gewalttätige Streikverschämungen diese Gewaltige aus dem für ihre politischen Zwecke nutzbaren, arbeiten die Zentralgewerkschaften mit übermenschlicher Kraft an der Anpassung der Löhne an die Lebenshaltung. Leicht wird's denen, die diese Zahlen leisten, nicht gemacht. Eine vollständige Bekennung der Verhältnisse ist es, wenn die Arbeit der Lohnverhandlungsteilnehmer von den eigenen Mitgliedern als unverwertig eingeschätzt wird. In den meisten Fällen können von den kritisierten Kollegen bessere Mittel und Wege nicht angegeben werden. Das ist durchaus keine Reservierung in der Gewerkschaftsbewegung. Sie tritt nur in den Zeiten wirtschaftlicher Not stärker hervor. Und doch lassen sich die alten Gewerkschaftspraktiken nicht trennen. Sie arbeiten momentan weiter und haben durch ihre leidvolle Arbeit die vollständige Bereitstellung der Arbeiterschaft noch immer zum Teil aufzuhalten können. Ins 25 der bedeutendsten Landesverbände haben wir unter Durchschnittsberechnung der Löhne für 14-, 17- und 20-jährige Arbeiter und Arbeitnehmer die Stundenarbeitszeit und den Verdienst je der Hilfsarbeiter festgestellt. Sie betrugen im

I. Quartal 1922	8,06 M.
II. " 1922	13,70 "
III. " 1922	14,90 "
IV. " 1922	22,67 "
I. 1923	80,27 "

Relativ ist die Lohnsteigerung aus der bislänglichen Darstellung Nr. 1 folgend. Der Zuschlag zum I. Quartal 1922 ist gleich 1 gelegt. Sogen. leisten wir Stundenarbeitszeit von M. 4000—5000 und darüber, so daß jünger ein Stundenarbeitszeitverdienst M. 3000

der Mitglieder ist eine der wichtigsten Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation. Über nur eine leistungsfähige Organisation kann diese Aufgabe in befriedigender Weise lösen. Darum sollte jedes Mitglied dem

Der Wert dieser Arbeit tritt noch viel stärker in die Errscheinung, wenn man die Lohnsteigerungen für die Gesamtmitgliedschaft betrachtet. Durch

1177 Lohnabschlüsse

könnte unser Verband für seine Mitglieder folgende Summen an Lohnsteigerungen herausholen:

II. Quartal 1922	439 920 000 M.
III. " 1922	3 502 900 000
IV. " 1922	16 251 880 000
I. " 1923	49 946 700 000

Susgesamt sind also in einem Jahr

M. 68 141 400 000 Mehrverdienst

erzielt worden.

Für diese nachgewiesene fruchtbringende Arbeit sollen die Mitglieder nichts weiter als eine den Verbandsfassungen entsprechende

regelmäßige Beitragszahlung leisten.

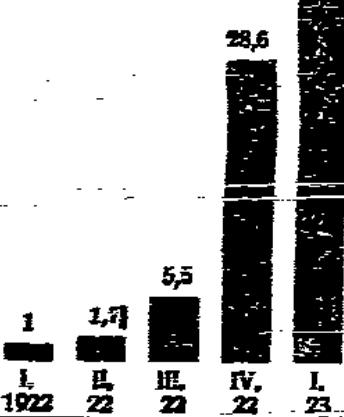
Mehr und mehr ist der Anteil des Beitrages am Stundenverdienst zurückgegangen, wie die bildliche Darstellung Nr. 2 zeigt, wenn man für jeden vierteljährlichen Lohnsatz die Grundabgabe 100 wählt.

992

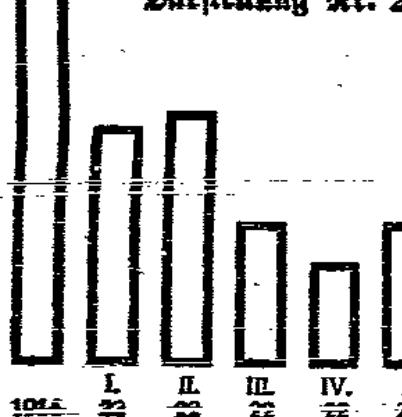
Es betrug der Anteil des Beitrages am Stundenverdienst

In Friedenszeit	90%
im I. Quartal 1922	44%
" II. " 1922	48%
" III. " 1922	27%
" IV. " 1922	20%
in I. 1923	28%

Darstellung Nr. 1



Darstellung Nr. 2



Wo je höher der Lohn, desto geringer der Beitragsanteil.

An dieser Erscheinung dürfen doch wohl die Verhältnisse nur zum Teil schuld sein. Es scheint fast, als ob die Beitragszahler nach jeder Lohnsteigerung nicht sofort den erhöhten Beitrag von ihrem Beitragsmann verlangen. Denn darauf kommt es heute an, daß die Mitglieder freiwillig höhere Beitragssummen verlangen. Das Beitragszahlen ist heute eine Gewissenssache geworden. Diejenigen Kollegen, die da glauben, noch eine Woche M. 200 am Verbandsbeitrag zu sparen, haben in Wirklichkeit, gemessen am heutigen Dollarstand, ganze 0,6 deutsche Reichspfennige gespart, die Verbandskasse aber — wenn jedes Mitglied so gewissenlos wäre — um M. 1 456 000 000 im Jahre geschädigt. Legt man die erreichten Mehrverdienste zugrunde, dann hätte die Zentralkoje

M. 1 475 097 000 an Mehreinnahmen

noch über die jeglichen Einnahmen haben müssen. Um soviel mehr hätte auch die Aktivität des Verbandes gestiegen werden können.

Wie die Verhältnisse sich weiter entwickeln werden, kann kein Mensch voraus sagen. Eins aber ist sicher:

Einmal werden die Zentralgewerkschaften nur noch durch schwere wirtschaftliche Rümpfe die Lebensbedingungen ihrer Mitglieder regeln und verteidigen müssen.

Die erfolgreiche Durchführung dieser Rümpfe wird davon abhängen, in welchem Tiefe die Mitglieder sich selbst ihre Organisation finanziell ausgerichtet haben. Genaue Bequemung und Durchführung der Verbandsabschlüsse bei uns für alle Mitglieder die besten Folgen gezeigt. Ein für den Verband lebenswichtiger Beschuß wie mein als bisher bekannt war. Er lautet:

Einen Stundenlohn als Wocheneintrag.

F. M.

Gewissenskundgebung der christlichen Gewerkschaften zur französischen Gewalttherrschaft.

Die christlichen Gewerkschaften des allbesetzten Gebietes haben in einer Stadt des allbesetzten Gebietes am 21. August 1923 eine Kundgebung gehalten, die die Bedeutung der gesamten politischen

tischen Lage erneut Stellung zu den vorherrschenden Tagesfragen genommen. Gegenüber den mit allen Mitteln betriebenen Versuchen der französischen Regierung, das betroffene Gebiet sachlich vom Deutschen Reich zu trennen, dieses Gebiet politisch, militärisch und wirtschaftlich völlig zu beherrschen und damit das ganze übrige Deutschland unter seine dauernde Botmäßigkeit zu bringen, sowie gegenüber der Forderung der französischen Regierung nach Aufhebung des passiven Widerstandes, d. h. nach bedingungsloser Kapitulation erklären die christlichen Gewerkschaften folgendes:

Jeder Versuch, uns vom Reich zu trennen und uns eine andere tarechliche Form aufzunötigen, oder unsere Eisenbahnen und Polizei unter fremde Oberhoheit zu stellen, wird unseren stursten und dauernden Widerstand finden. Wir nehmen das von den Siegermächten seinerzeit feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für uns in Anspruch. Eine Aufgabe des passiven Widerstandes im Sinne der französischen Forderungen kann für uns nicht in Frage kommen. Wir sind nicht gewillt, durch bedingungslose Aufgabe des passiven Widerstandes Verrat zu üben an all den vielen Kaufenden von Ausgewichenen, von Heer und Heim Vertriebenen und in den Gefangenissen schwachenden Brüdern und Schwestern. Wir fordern die Wiederherstellung der persönlichen staatsbürglichen und rechtlichen Sicherheiten und Freiheiten der Bewohner des französischen und belgischen besetzten Gebietes und Einstellung der brutalen militärischen Gewalttherrschaft.

Un alle Kulturnationen der Erde aber richten die christlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen des besetzten Gebietes die ernste Frage: Wie lange noch wollt ihr tatenlos zuschauen, wie die friedliche Bevölkerung eines hoch kultivierten europäischen Landes von einer weißen und farbigen Soldateska aufs schlimmste in seiner Menschenwürde mishandelt wird? — Die brutale Vergewaltigung des Rechts, wie sie zurzeit im Rheinland und Westfalen von fremden Mächten Tag für Tag ausgeübt wird, muß eines Tages zu einem schrecklichen Erwachen für ganz Europa führen!

Allgemeine Rundschau.

Der Indexlohn.

Im Reichsarbeitsministerium traten die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenverbände zu einer Besprechung über die Regelung einer automatischen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Kaufkraft der Mark zusammen. Der Reichsarbeitsminister bestonte, daß die Reichsregierung selbst an der Löfung dieses Problems arbeite und von der Notwendigkeit überzeugt sei, daß in irgendeiner Form eine bessere automatische Anpassung des Lohn- und Gehaltsniveaus an das Leistungsniveau stattfinden müsse.

Die durch den Reichsarbeitsminister vorgetragenen Richtlinien, die im wesentlichen sich auf die Wirkung eines Indexlohnes beziehen, wurden im Prinzip von den Gewerkschaften anerkannt. Aber die technische Durchführung im einzelnen sollte vorläufig noch Einzelberatungen stattfinden. Im Laufe der nächsten Woche soll dann versucht werden, das Problem endgültig zur Lösung zu bringen.

Angesichts der Bedeutung der Indexfestsetzung für die vorgesehene Regelung soll vorher eine Reform der Methoden der Indexberechnung vorgenommen werden. Die Güterstatistik für die Indexberechnung soll erweitert und auch auf die Kulturgüter ausgedehnt werden, wie auch eine Quote über die Abnutzung der Haushaltungsubstanz mit eingerechnet werden soll. Fraglich ist noch, ob die Abmachungen durch gesetzgeberische Akte festgelegt oder der tariflichen Vereinbarung überlassen bleiben sollen.

Der christliche Metallarbeiterverband

zählte am Schluß des Jahres 1922 228 406 Mitglieder gegen 234 452 am Jahresanfang. Am Schluß des dritten Vierteljahres hatte die Mitgliederzahl bereits 242 611 betragen. Der geringe Rückgang, der inzwischen wieder ausgeglichen sein wird, wird zurückgeführt auf die leider notwendigen Beitrags erhöhungen gegen Jahresende. Hinzu kommt als weiterer Grund die massive kommunistische Hetze in den Hauptindustriegebieten, von der nicht nur die sozialistischen Gewerkschaften geschädigt wurden. Die gewerkschaftliche Fleischmacher der radikalen Elemente führt eben allgemein zur Einstellung der Beitragszahlung jener, die sonst nur mit Mühe in den Gewerkschaften mitgekleppert werden.

Die Hauptkasseinnahmen des Verbandes betrugen im Berichtsjahr 28 024 302 M. Die im "Deutschen Metallarbeiter" gegebene Übersicht über die Verbandsentwicklung weist auch darauf hin, daß das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Beitragszahlung sich immer mehr zugunsten der Beiträge verschoben hat. Anfangs des Jahres hatte ein Facharbeiter in der Metallindustrie durchschnittlich 15,22 M. Stundenlohn. Er bezahlte damals einen Wocheneintrag von 4,25 M. Am Jahresende betrug der Stundenlohn 425,96 M., der Beitrag 120,— M.

Gründung eines Kampfchages im Bund der Hotels, Restaurants und Cafés Angestellten.

Die Leitung dieser den christlichen Gewerkschaften angeschlossenen Organisation hat einstimmig beschlossen, zur Gründung eines "Kampfchages", welcher der gewerkschaftlichen Zweck dienbar gemacht werden soll, von allen Mitgliedern einen einmaligen Beitrag zu erheben. Dieser beläuft sich je nach Beitragsklasse auf 15 000, 9000 und 6000 Mark für jedes Mitglied. Dieser Kampfchagbeitrag gilt sowohl den Sitzungen als Pflichtbeitrag. Der Kampfchag soll mit der Durchführung dieses Beschlusses auf 150—175 Millionen gebracht werden.

Gammlung der Kräfte

Erfolg bestehen können, wenn jedes Mitglied regelmäßig einen Stundenlohn als Wochenbeitrag entrichtet.

Soziales.

Die Steuerausübung vom Lohn.

Der Steuerausschuss nahm eine Vorlage an, die die Verpflichtung der von der Lohnsteuer vorzunehmenden Abgaben für Werbekosten, Ehegatten und Kinder vorsieht. Danach treten ab 1. Juli 1923 folgende Ermäßigungen in Kraft:

1. für den Steuerpflichtigen und für seine zu seiner Haushaltung zählende Ehefrau monatlich je	6 000 M.
wöchentlich je	1 440 "
täglich je	240 "
2. für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind monatlich je	40 000 "
wöchentlich je	9 600 "
täglich je	1 600 "
3. für Werbekosten monatlich	50 000 "
wöchentlich	12 000 "
täglich	2 000 "

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Schutz ehemaliger Betriebsratsmitglieder gegen Entlassungen.

Der Landgerichtsdirektor Dr. Schick aus Karlsruhe veröffentlicht im Novemberheft der Zeitschrift "Das Schlichtungsweisen" vergangenen Jahres sehr interessante Ausführungen über diese Frage. Er macht den Vorschlag, den § 24 StGB durch folgende Ziffer 5 zu ergänzen:

"Wenn die Amtstugend gegenüber einem nicht wiedergewählten Mitglied einer Betriebsvertretung oder einer der in den §§ 62, 63 bezeichneten Vertretungen oder gegenüber einem nicht wiedergewählten Betriebsobmann innerhalb drei Jahre nach dem Ausscheiden erfolgt."

Landgerichtsdirektor Dr. Schick begründet diese Forderung wie folgt: Die Betriebsräte haben bis jetzt die ihnen in § 1 des Betriebsratgesetzes gestellte doppelte Aufgabe wesentlich in zufriedenstellender Weise erfüllt, und die meisten Arbeitgeber haben sich nicht nur in die ihnen durch die Einrichtung des Betriebsrats auferlegte Beschränkung gefunden, sondern auch die Vorteile erkannt, die das Bestehen der Betriebsräte den Betrieben in reichlichem Maße gebracht hat. Immerhin finden sich unter den Unternehmern, und zwar zumeist der kleineren Betriebe, nicht wenige, die sich in die neuen Zustände nicht einleben, insbesondere es nicht verwinden können, daß mit dem ehemaligen "Herrnstandpunkt" gebrochen ist. Diese Unternehmer erblicken in dem Betriebsrat lediglich einen Hemmschuh, den sie am liebsten gänzlich abschütteln möchten. Da dies aber nicht angängig ist, geht ihr Bestreben dahin, sich den Betriebsrat wenigstens möglichst geschwächt zu machen. Die hierzu angewandten Mittel sind verschiedenster Art. Insbesondere gehört dazu auch die Entlassung der Betriebsratsmitglieder, sobald sie nicht mehr gewählt werden. Es wird dadurch bezweckt, bei den Mitgliedern des im Amt befindlichen Betriebsrats die Befürchtung zu erregen, daß auch sie im Falle der Nichtwiederwahl entlassen würden, wenn sie während ihrer Amtszeit den Wünschen des Unternehmers nicht genügend nachkommen sollten.

Diese Ausführungen eines hohen richterlichen Beamten aus der Praxis heraus setzen uns sehr beachtenswert zu sein und sind sie zum mindestens einer wohlwollenden Beurteilung der gesetzgebenden Faktoren zu empfehlen.

Ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung

fällte das Gewerbegericht. Eine Brühlser Nahrungsmittel-firma beschäftigt gegenwärtig ihre Arbeiter nur noch vier Stunden an vier Tagen der Woche. Nach dem Tarifvertrag stehen jedem Arbeiter jährlich sechs Tage und mehr Urlaub, je nach der Dauer der Beschäftigung in diesem Betrieb, unter Fortzahlung des Lohnes zu. Hiernach hatte ein Chauffeur acht Tage Urlaub zu beanspruchen, und die Firma zahlte den Lohn, den der Mann verdient haben würde, wenn er gearbeitet hätte. Der Chauffeur klagte aber am Kölner Gewerbegericht den Betrag ein, den er an Lohn erhalten hätte, wenn die Firma jeden Tag volle acht Stunden hätte arbeiten lassen. Die Beklagte vertrat den Standpunkt, daß der Kläger nicht mehr verlangen könne, als ihm bei der augenblicklichen gestreckten Arbeitszeit tatsächlich an Lohnausfall entgehe. Das Gericht entschied jedoch dahin, daß der Tarif nur so verstanden werden könne, daß der Arbeiter sechs und mehr volle Arbeitstage unter Fortzahlung des normalen Verdienstes erhalten solle, weshalb auf Nachzahlung des Restbetrages erkannt wurde.

Aus der Textilindustrie.

Der Textilhandel für Einführung der Goldrechnung.

Der Reichsbund des Textileinzelhandels hat auf seiner Hauptversammlung nachstehende Entschließung angenommen: "Der Textileinzelhandel, dem es unmöglich gemacht wird, anders als in fremder Währung zu kaufen, erachtet die einzige Lösung der durch den Währungsverfall entstehenden Schwierigkeiten in der bewußten Einstellung der gesamten Wirtschaft auf Goldrechnung. Es ist nicht länger erträglich, daß jede neue Heidentwertung einseitig der Kräfte der auf Papiermarktkommen angewandten Handlung und dem von der Kaufkraft dieser Kräfte vöhngängigen Einzelhandel zur Last fällt." Diese Entschließung soll, einem Antrag entsprechend, auch den übrigen Einzelhandelsverbänden zur möglichst weiten Verbreitung mitgeteilt werden. Das Ganze ist die natürliche Folge der von den Produzenten begonnenen Goldmarkfakturierung.

Fortschreitende Goldmarkrechnung in der Textilindustrie.

Die Verbände der Damenwäsch-, Weißwaren-, Schürzen-, Unterkleid- und Kinderkleider-Fabrikanten haben, wie die "Textil-Woche" erfüllt, neue Konditionen festgelegt, die folgende wesentlichen Bestimmungen enthalten, aus denen hervorgeht, daß nunmehr auch dieser Geschäftszweig zur Goldmarkberechnung übergegangen ist. Die Preisstellung

ist in einer Zeit wie der unsrigen bitter notwendig. Ohne diese wären die Errungenschaften der Arbeiterbewegung ernstlich gefährdet. Später unausbleibliche Kämpfe wird der Verband nur dann mit

erfolgt entweder in Dollar ohne Verbandspreisvorbehalt, wobei die Rechnungen innerhalb zehn Tagen in Papiermarkt zahlbar sind oder in Papiermarkt mit Verbandspreisvorbehalt. In diesem Falle sind die Rechnungen zahlbar mit 70 Prozent des Kaufpreises am Tage der Auftragserteilung und mit 30 Prozent zehn Tage nach Rechnungserteilung; Veränderungen der Herstellungskosten innerhalb der Lieferzeit bedingen für je zehn Prozent Lohnänderung drei Prozent Veränderung des Kaufpreises. — Die Vogtländische Fabrikanten-Schulgemeinschaft des Spitz- und Stickereigewerbes hat beschlossen, daß mit Wirkung vom 25. Juni ab Verkäufe nur noch in "Goldmark" (gleich 1,25 Schweizer Franken) zu geschehen haben.

Stimmes und die polnische Textilindustrie.

Die Lodzer "Republika" erfährt aus autoritativem Industriekreis, daß der Stinneskonzern seit gewisser Zeit sein Interesse der polnischen Textilindustrie in Łódź zuwenden. In der Vergangenheit wohnte in Łódź ein Vertreter der Stinnesbank aus München, der mit einigen Großindustriellen Verhandlungen zwecks Gründung einer Bankfiliale des Stinneskonzerns in Łódź anknüpfte. Die Bank würde gegen Besitzweisen die Aktien der Textilunternehmungen aus Privathänden erwerben, um einen Textiltrust in Polen zu schaffen. Stimnes verfolgt damit auch den Zweck, sich des Exportes der Textilwaren nach Russland zu bemächtigen.

Streik und Aussperrung in der englischen Textilindustrie.

In Dundee war es Ende März ds. Js. zu einem Streik in der Textilindustrie gekommen, der nach einer Dauer von etwa vier Wochen beigelegt wurde. Es handelt sich darum, daß in den Camperdown Works, einer Fabrik, die zu der Gruppe der Jute Industries Ltd., des größten Unternehmens Dundees, gehört, noch das alte System herrschte, wonach vier Spinnmaschinen (frames) von drei Arbeiterinnen bedient werden. Die Fabrikleitung wollte, wie dies überall in Dundee eingeführt ist, in Zukunft nur noch je zwei Arbeiterinnen beschäftigen und diese entsprechend höher bezahlen. Darauf wurde in allen Fabriken der Textilindustrie der Streik erklärt, welchen Schritt der Verband der Textilindustriellen damit beantwortete, daß er sämtliche Textarbeiter und Arbeiterinnen Dundees, etwa 30 000 an der Zahl, aussperrte. Nach längeren Verhandlungen kam endlich ein Vergleich dahin, aufstande, daß sowohl Streik wie Aussperrung aufgehoben wurden. Am 22. d. M. ist die Aussperrung überall zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen worden mit Ausnahme der betreffenden Ableitung in den Camperdown Works. Die Frage, ob es dort bei dem alten System bleiben soll oder nicht, wird durch ein gemischtes Schiedsgericht entschieden werden.

Aus unserer Bewegung.

Konferenz für den Bezirk Nordbayern.

Am 9. und 10. Juni fanden sich in der alten Frankensteinstadt Forchheim die Vertreter der Ortsgruppen Nordbayerns zu einer außerordentlich stark besuchten Konferenz zusammen. Diese wurde eingeleitet durch eine schwere Beleidigung der in den schwäbischstämmigen Raumem der "Blauen Söhne". Der Vorsitzende der Ortsgruppe Forchheim konnte außer den Delegierten Vertreter der Stadt und der Geistlichkeit begrüßen. Die Tochter des Kollegen Heumann kleidete ihren Willkommengruß in folgende Worte:

Als die wilde Furie des Krieges
Herglos ihre scharfen Geiseln schwang
Und die Mehrzahl unserer rüstigen Männer
Zu den blutigen Waffen zwang.

Ging da nicht ein Klagen durch die Lande
Ob solch trüber, bittererster Zeit?
Schien uns nicht das Ende jenes Kampfes
Fernerückt wie eine Ewigkeit?

Und als endlich alle Schwerter ruhten,
Als der Friedenseiegel uns zu nahen schien,
Wie frohlockten wir aus ganzem Herzen
Und wie zog es uns zur ruhigen Arbeit hin?

Doch was wir erlebten ist nicht eingetroffen,
Schwerer noch als je liegt Gottes Hand
Auf den müden Schultern aller Völker,
Auf dem ganzen deutschen Vaterland.

Und in diesen ersten, schweren Stunden
Tagt der Ausschuß vom Textilverband,
Bayerns Industriegebiete haben
Ihre Delegierten schon hierher gesandt.

Und ich heiße alle sie willkommen,
Die werten Gäste, die von fern und nah
Sind herbeigeeilt zur alten Frankenwarte,
Die zum erstenmal euch hier versammelt habt.

Bleibt mir in diesen Tagen zu beraten,
Manches wohl auch zu verdeutlichen sein.
Und so mollet mutig jetzt beginnen,
Eure Absicht ist ja edel, rein.

Festigen mögt ihr manch lockere Bande
Und begeistern zu der ernsten Pflicht,
Die dem Mann aus dem Arbeitsponde
Ganz besonders heute ja obliegt.

Nur die Arbeit kann uns Rettung retten
Aus der Knechtschaf, die uns ernst bedroht,
Aus den Händen ungerechter Sieger,
Deren Feuer in hellen Flammen loht.

Und der christliche Textilarbeiter
Leistet gerne seinen redlichen Teil,
Weihet seine Kraft der Arbeit,
Ihm und seinen Kindern ist's zum Heil.

Aber gleichberechtigt will er stehen
In dem weiten deutschen Arbeitsfeld.
Gleiche Freiheit will er haben, gleiche Rechte,
So nur ist's um ihn erst wohlbestellt.

Mit Gott! Beginnet schaffensfreudig diese Tagung
Zum Segen aller, die mit schwieliger Hand
Als christliche Textilarbeiter schaffen
In unserm lieben deutschen Vaterland.

Den einleitenden Vortrag zu den Konferenzverhandlungen hielt der Zentralvorsitzende, Kollege Fahrach, über: "Die Reparationsforderungen des Feindbundes und das Vorgehen Frankreichs an Rhein und Ruhr. Mit gespannter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden den Ausführungen, die vor allem zeigten, wie die Reparationsforderungen und die Zwangsmaßnahmen Frankreichs unsere Wirtschaft und die Arbeiterschaft in immer tiefer Not hineinstürzen. Das deutsche Volk dürfe nicht viel vom Ausland erwarten. Nur die eigene Kraft könne es mit der Zeit aus Not und Elend befreien. Nur die eigene Kraft könne es mit jedoch die Auseinandersetzung möglichst aller parteipolitischen, konfessionellen und politischen Kämpfe. Einigkeit und Geschlossenheit gegenüber einem unerbittlichen Gegner müsse vor allem erstrebt werden. Deshalb sei es auch außerordentlich bedeutsam, daß der Vorsitz des Reichsverbandes der deutschen Industrie in seinem Antwortschreiben an den Reichskanzler erneut zur Vertiefung des Risses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beigetragen habe. Die Arbeiter müssen alles daransezten, die sozialpolitischen Errungenschaften zu halten. Ferner müssen sie verhindern, daß nicht alle Lasten auf ihre Schultern gewälzt würden.

Am 10. Juni wurde die Konferenz vom Bezirksleiter Geier geleitet, der wiederum außer den Delegierten Vertreter der Geistlichkeit sowie Herrn Bürgermeister Dr. Knorr begrüßt konnte. Kollege Buchfelder aus Bamberg erstattete den Tätigkeitsbericht über seine Arbeiten im letzten Jahre. Kollege Fahrach fasste die derzeitige Lage der deutschen Textilwirtschaft und die Maßnahmen zur Behebung der Notlage der Arbeiter. Es erfolgte eine eingehende, sachliche Aussprache. Dabei wurde von mehreren Seiten dem Wunsche Ausdruck gegeben, in Nordbayern eine weitere Kraft für den Verband freizustellen. Insbesondere müsse in Forchheim ein Sekretariat errichtet werden. Die gleichen Wünsche wurden für Marktredwitz gefaßt. Kollege Fahrach sagte ernstlich Prüfung dieser Wünsche durch den Zentralvorstand zu. Die Mitglieder Nordbayerns hätten es selbst in der Hand, die geäußerten Wünsche erfüllt zu sehen, indem sie für eine weitere Stärkung der Organisation Sorge trügen. Zum Schlusse der Verhandlungen fand nachstehende Entschließung einstimmige Annahme:

Da die Löhne in der nordbayerischen Textilindustrie im letzten Jahre immer weiter zurückblieben hinter den unausgesetzten steigenden Ausgaben für den notwendigsten Lebensbedarf, verschärfte sich auch in den letzten vier Belegschaftsjahren fortwährend die Lebenslage der Textilarbeiter. Durch die Betriebsseinführung des letzten halben Jahres, von denen mehr als 90% der nordbayerischen Betriebe betroffen waren, hat sich die Notlage ins Unerträgliche gesteigert, da das geringe Lohn- und Unterhaltungseinkommen selbst zur Beschaffung der allernotwendigsten Lebensmittel nicht mehr ausreicht. Die Textilarbeiterkraft muß ganz degenerieren und verelend, wenn nicht schließlich Versteilung der unerträglichen Mißstände erfolgt. Es wird gefordert:

1. daß die Tariflöhne schleunigst den Teuerungsverhältnissen angepaßt und mindestens verdoppelt werden;
2. daß zur Erzielung höheren Lohnesinkommens und zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit und der Leistungen keine Herabsetzung der Akkordarbeiter über die Tariflohnsätze hinaus verhindert wird;
3. daß die Tariflosenunterstützung ausgebaut und der Unterstützungsatz stets schnellstens den Preissteigerungen angepaßt wird, damit insbesondere auch die Kurzarbeiter ein halbwegs ausreichendes Einkommen haben;
4. schärfste Bekämpfung jedweder Preissteigerung durch Landwirte, Händler und insbesondere durch Kartelle und Preiskonventionen.

Die bayerische Bezirksleitung des Verbandes wurde beauftragt, diese Forderungen bei den bevorstehenden Verhandlungen sowie bei den maßgebenden Regierungsstellen mit allem Nachdruck zu vertreten.

In alle christlich und nationalgeistigen Textilarbeiter ergeht die dringende Aufforderung, durch festlosen Anschluß an den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands zu ermöglichen, daß endlich auch in Nordbayern durch eine starke, rein berufswirtschaftlich eingeteilte Interessenorganisation den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft Geltung verschafft werden kann. Wenn in Westdeutschland, wo der christliche Textilarbeiterverband durch seine starke Vertretung die Lohnsätze bestimmd beeinflusst, die Stundendöhne um 1000 M. höher sind als in Bayern, so kann auch hier eine entsprechende starke Vertretung gleich günstige Lohnverhältnisse schaffen.

Kollege Geier konnte die Konferenz, die von ehrlichem Gemeinschaftsgeist getragen war, mit dem Bemerkern schließen, daß die Verhandlungen sicher ihre Früchte tragen würden. Er stellte insbesondere der Leitung der Ortsgruppe Forchheim den Dank der Delegierten ab für die Mühemmung um das gute Gelingen der Konferenz. So hatten die Mitglieder der Ortsgruppe Forchheim für sämtliche Delegierten Freiheit und Zeit gegeben, um die Verhandlungen in sinnreicher Weise geschmückt.

Am Schlusse der Verhandlung besichtigten die Delegierten unter der Leitung des Herrn Studienprofessor Dr. Kübel die alte Kaiserpfalz mit dem Pfalzmuseum. Hier konnten die Besucher wertvolle historische Schätze sehen und verstand es Prof. Kübel in seinen Erläuterungen, das richtige Verständnis zu wecken. In seinen Abschiedsworten bat er die Vertreter der Arbeiterschaft aufgefordert, durch unermüdliches Wirken im Geiste des Christentums für eine wahre Völkerverhöhnung Sorge zu tragen, damit das arme deutsche Volk und Vaterland recht bald wieder zum rechten Frieden und Wohlergehen gelangen möge.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Engelskirchen. Am 25. Juni ds. Js. konnte die Kollegin Gertrud Kirch auf eine ununterbrochene 50-jährige Tätigkeit bei der Firma Ermen u. Engels, Baumwollspinnerei A.G. in Engelskirchen zurückblicken. Dies ist wohl ein sehr selten Fall und zeugt von einem guten Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Jubilarin möge es verringt sein, noch recht lange Jahre in der heutigen Rücksicht ihrem Berufe nachzugehen. Kollegin Kirch ist Mit-

Eine unabsehbare Frist aller Mitglieder

unseres Verbandes in diesen Krisenzeiten ungeschmäler zu erhalten. Grundsatz eines jeden Mitgliedes sei darum: Ein Stundenlohn als Wochenbeitrag.

begründerin unseres Verbandes und hat diesem auch bis heute die Treue gehalten.

M.-Glaßbach. Bitte, nur keine Legendenbildung! Es ist eine der vornehmsten Aufgaben eines Betriebsrats, daß er einzutreten, daß das Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes einerseits, andererseits aber auch zwischen Belegschaft und Betriebsleitung erhalten bleibt. Die Erfüllung dieser Aufgabe wird aber niemals nur dann gelingen, wenn die ganze Tätigkeit des Betriebsrats sich nicht nach einer bestimmten Parteischablone richtet.

Bei der Firma Gebr. Wissensburg in M.-Glaßbach gehört die Mehrzahl der Arbeiter unserem Verbande als Mitglied an. Trotzdem kommen die Freiorganisierten im Verein mit Unorganisierten und Kommunisten bei der letzten Betriebsratswahl fünf Mandate erringen, wogegen die christliche Liste ganze zwei Mandate bekam. Für die Mitglieder unseres Verbandes ein bestürzendes Ergebnis.

Die Tätigkeit des neuen Arbeiterrats wurde bald Gegenstand größter Erregung in der Belegschaft. Namenslich beiden Vorsitzenden wurde beschuldigt, vielfach nur seine eigenen Parteidreiecke in den Hintergrund seiner Tätigkeit gestellt zu haben. Aus der Belegschaft heraus wurde darum verlangt, eine Versammlung einzuberufen, die eine Klärung bringen sollte. Trotz des anfänglichen heftigen Streitens hat eine solche auch stattgefunden, die den schon bebenlich matt gewordenen Sivorienten des Vorsitzenden vollends unbarmherzig zerrissen hat. So wurde unter mancherlei anderen Vorwürfen behauptet, der Arbeiterratsvorsitzende führe eine schwarze Liste. Wer auf dieser Liste benannt sei, habe keinerlei Anspruch auf die Wahlhelferseminarienten der Firma. Die parteipolitische Einstellung wurde darum beweisen, daß der Arbeiterratsvorsitzende Hohmann versucht, den ganzen Betrieb der Firma Wissensburg zum Anfang an einen wilden Streit zu bewegen. Für den starken Widerspruch der anderen Arbeiterratsmitglieder gab es schließlich nach und ließ von seinen Parteidreiecken ab.

Die größte Erregung wurde jedoch herborgerufen, durch das zweifellose Beschließen von Hohmann beim 1. Rat und der Feier des Neuerwerberfirmesmontag. Für diejenigen, die den 1. Mai feiern wollten, war Hohmann eingetreten, damit diese strafrei blieben. Die aber Neuerwerber firmesmontag jetzt wollten, sollten bestraft werden. Arbeiterräumen gegenüber konnte Hohmann, bevor die Lohnkarten kamen, schon erklären: „Sie werden auch zuunder, wenn Hohmann ist.“ Natürlich waren auch alle diejenigen mit Entschädigungsstrafen bedroht worden, die am Montag nicht zur Arbeit erschienen waren.

Dass durch eine solche Handlungswise eines Arbeiterratsvorsitzenden alles andere erreicht werden kann, mit nicht die Förderung des Einvernehmens innerhalb der Belegschaft, ist vollständig klar. Sind die Brüder auch nur zu einem Teil berechtigt, dann liegt darin ein derartiges Misstrauen, daß jeder moralisch feststehende Mensch die sovieligen Folgerungen ziehen würde. Das notwendige Vertrauen der Belegschaft ist dafür. Mehr wie 350 Mitglieder der Belegschaft forderten durch Unterschrift den Rücktritt des Vorsitzenden, der auch diesem Verlangen dann nachgekommen ist. Eines weiteren Drudes bedarf es nicht mehr, um dem Willen der Belegschaft Geltung zu verschaffen.

Aus diesen Vorgängen sucht nun die sozialistische „Postswach“ eine „unionistische und christliche Einheitsfront“ zu konstruieren. Diese neueste Erringung mag geistiges Eigentum derjenigen sein, die gute Rüne zum schmierigen Spiel eines ihrer Freunde machen müssen. Auf uns kommt die Anspielung der sozialistischen Postswach am besten Eindruck machen. Die Erkrankung hat lange zurück, daß eine Einheitsfront besteht zwischen denjenigen, die die freien Gewerkschaften zu revolutionieren haben auf Befehl von Stalin und den freien Gewerkschaften selbst. Da den letzteren die verfeindende, arbeiterabschließende Tätigkeit der Kommunisten aber selbst schadet, muß ihnen etwas Neues erdacht werden, damit wenigstens die enge Verbundtheit der jetzt feindseligen Brüder nicht bekannt wird. Man kann dann desto besser bei den umangeführten Arbeiterschaft auch sicher im Leben führen, so wie man es früher auch unter der Maske der Neutralität mit Erfolg betrieben hat.

Die christlich organisierte Arbeiterschaft lehnt es ab, eine Einheitsfront zu bilden um anständige, ehrliche freiorganisierte Kollegen unmöglich zu machen. Wir wissen, daß die jetzt feindselichen Brüder sofort die nächsten Freunde sind, wenn es gilt, den verhaßten Schriftsteller einen Sturz zu versetzen. Dass wir aber wollen, ist ausgleichende Gerechtigkeit und Achtung jeder Lebendigkeit. Wir reißen darum jedem die Hand zur Mitarbeit, der seine Tätigkeit nicht durch die Parteibrille betrachtet, sondern denen anständigen Brüdern keinen negativen Lage zu verbauen. Unseren Mitgliedern aber mag für die Folge zur Warnung dienen, nicht an schwachsinnige Sirenenfänge mehr zu laufen, sondern nur den Bewegungen der eigenen Brüder zu hören, damit sie vor Schaden bewahrt bleiben.

Wiedenbrück. Ein brutaler Arbeitersatz. Undank ist der Welt Lohn! Das mußte vor circa acht Tagen der Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollege Siebert am eigenen Leibe spüren. Siebert, der vom seiner Arbeitsstelle kam, wurde nämlich plötzlich von dem Arbeiter Heinrich aus Wiedenbrück, Waffenschmied, überfallen und derart mißhandelt, daß er gezwungen war, sofort ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Er war über acht Tage arbeitsunfähig. Was vollbrachte Tat ist der Kohling dann in einer beschämten Weise vor seinen Kumpaten mit dem nötigen Schnaps belohnt worden, weil er die „Sapferheit“ besessen hat, eines alten ergrauten Familienvater derart weinen zu lassen, daß er längere Zeit arbeitsunfähig war.

Was war aus der sozialistischen „Front“ für diese Schande? Die Arbeiter der Firma Baumhöfer in Batenhorst bei Wiedenbrück waren bis vor einigen Monaten unorganisiert. Als sich die Firma plötzlich weigerte, nach dem bis dahin gezahlten Tarif zu entlohnen, entschlossen sich die Arbeiter, weiteren Betriebe beizutreten, damit sie wenigstens vor weiteren Schänden bewahrt blieben. Es ist dann auch in kurzer Zeit gelungen, den Tarif der Textilarbeiter bei der genannten Firma einzuführen. Dieses hatte zur Folge, daß im ersten Augenblick durch die neuintretende Klasse gegen eine kleine Berichtigung in den Rahmen der einzelnen Altersabteilungen eintrat. Einzelne erhielten nach dem letzten Tarif etwas weniger, ein großer Teil der Arbeiter aber bedeutend mehr Lohn. Nach dem neuen Entlohnungssatz war aber alles wieder wie vorher und die Renten wichen nun, was sie nach jeder Lohnberichtigung zu beanspruchen haben. Der jugendliche Sohn des Arbeiters Peitz war ausdane betroffen, für eine Entlohnungsperiode etwas weniger Lohn

zu bekommen. Der Vater desselben glaubte nun, unsern Ortsgruppenvorstand Kollegen Siebert hierfür verantwortlich machen zu müssen. Auf dem Wege von der Arbeitsstätte nach Hause hat Peitz unsern Kollegen Siebert überfallen und in der brutalsten Weise mißhandelt.

Peitz, der nicht bei der genannten Firma arbeitet, wird sich demnächst vor dem Richter zu verantworten haben. Es kann nicht festgestellt werden, welcher Geistesrichtung er angehört. Soviel darf man aber annehmen, daß er nicht als Gewerkschaftler anzusehen ist, denn ein Gewerkschaftler wird immer wissen, daß in solchen Situationen keine andere Regelung möglich ist, ferner aber auch, daß man nicht einen Einzelnen für die Regelung der Lohnverhältnisse verantwortlich machen kann. Der Arbeiterschaft von Wiedenbrück aber rufen wir zu: Laßt euch durch solche Elemente nicht beeinflussen. Solche Leute haben keinen Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wollt ihr eure Lage verbessern, dann kann nur die Organisation in Frage kommen, die praktische Gewerkschaftarbeit leistet. Eine aber, die meinen, durch Brutalität und Mißhandlung die Ideen der christlichen Gewerkschaftsbewegung aufzuhalten oder befeiligen zu können, werden es schon erfahren, daß auch wir wissen, welche Wege wir einzuschlagen haben.

geheuer gestiegenen Ausgaben für das Verbandsorgan nicht lohnt, sie zu veröffentlichen.

Noch eine Bitte an alle Mitarbeiter.

Es genügt nicht nur, wenn ein etwa 20 mm breiter Rand für Verbesserungen bei allen Einsendungen freigelassen wird. Notwendig ist auch ferner, daß keine zu enge Zeilenstellung gewählt wird. Ein Beitrag, der mit der Schreibmaschine geschrieben wird, darf z. B. niemals Postkarten-Zeilenstellung — das ist die engste Zeilenstellung — aufweisen. In diesem Falle können unmöglich zwischen den Zeilen Änderungen vorgenommen oder Zusätze eingefügt werden. Häufig muß dieser wegen die Einsendung nochmals geschrieben werden.

Literatur.

Der Buchverlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin, teilt uns mit, daß die von uns kürzlich an dieser Stelle besprochenen und zur Anschaffung empfohlenen Werke *Kino*, *Richtiges Deutsches*, *Teil I* und *II*, nunmehr kosten: *Teil I* At. 0.75, *Teil II* At. 0.85 mal Schlüsselzahl des Börsevereins. Die Werke, die vorzüglich für den Gebrauch gewerkschaftlicher Elementarkurse geeignet sind, werden zweimalig für die Teilnehmer dieser Kurse gesammelt, bestellt beim Christlichen Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiser-Allee 251.

Versammlungskalender.

Gottwus. Am 14. Juli, abends 6 Uhr bei Us Brannade Stiftungsamt, um 21. Juli, abends 7 Uhr im Eb. Vereinshaus, Bahnhofstr. 5, Mitgliederversammlung.

Sterbefafel.

Name	Ort	Alter
Zimmer Anna	Schirgiswalde	24 Jahre
Liebisch Antonie	"	64 "
Robert Frau	Borghorst	55 "
Bocholt Heinrich	Emsdetten	67 "
Reiners Johann	Fischeln	71 "

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Gegen den materialistischen Zeitgeist! — Goldlöhne oder Anpassung der Löhne und Gehälter an die gefundene Kaufkraft? — Zahlt einen Stundenlohn als Wochenbeitrag! — Willenskundgebung der christlichen Gewerkschaften zur französischen Gewaltkriegerfest. — Allgemeine Standesauflösung! — Der christliche Metallarbeiterverband. — Gründung eines Kampfclubs im Bund der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten. — Soziales: Die Steuerabzüge vom Lohn. — Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte: Schutz ehemaliger Betriebsratsmitglieder gegen Entlassungen. — Ein Urteil von grundsätzlicher Bedeutung. — Aus der Zeitung: Die Textilindustrie: Der Textilhandel für Einführung der Goldrechnung. — Fortschreitende Goldmarktrechnung in der Textilindustrie. — Stinnes und die polnische Textilindustrie. — Streit und Abschaffung in der englischen Textilindustrie. — Aus unserer Beziehung: Konferenz für den Bezirk Nordbayern. — Berichte aus den Ortsgruppen: Engelskirchen. — M.-Glaßbach. — Wiedenbrück. — Besondere Bekanntmachungen. — Briefstellen. — Literatur. — Sterbefafel. — Versammlungskalender. — Die neuen Postgebühren.

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lennéstr. 22.

Die neuen Postgebühren.

Gültig ab 1. Juli 1923.

Auskönniden!		Gebührenahmen!		
Postkarten im Ortsverl.	60	ab. 135.14 kg	3400 6800 10200	
im Fernverl.	120	14. 15	3700 7400 11100	
Briefe im Ortsverkehr		15. 16	4000 8000 12000	
bis	20 gr	120	16. 17	4300 8600 12900
	100 gr	180	17. 18	4600 9200 13800
	250 gr	300	18. 19	4900 9800 14700
	500 gr	360	19. 20	5200 10400 15600
Briefe im Fernverkehr		20 gr	300	für Zeitungs-
		100 gr	360	postabrechnung
		250 gr	450	
		500 gr	540	bis 5000 M. 200
Drucksachen bis	25 gr	60	10000 " 400	
	50 gr	120	50000 " 800	
	100 gr	180	100000 " 1200	
	250 gr	300	für je 100000 M. ent-	
	500 gr	360	prechende Steigerung bis	
	1 kg	450	bei der höchst zulässigen	
	2 kg	600	Grenze von 500000 M. eine Gebühr von 6000	
Geschäftspapiere	250 gr	300	M. erreich wird.	
	bis 500 gr	360	Postkarten bis 5000 M. 50	
	1 kg	450	100000 " 100	
	2 kg	600	500000 " 200	
	5 kg	900	für 1000000 M. steigt bis zum Höchst-	
	10 kg	1800	betrage von 2000 M. bei einer Bereinigung von	
	20 kg	360	einer Bereinigung von 6 Millionen.	
	50 kg	360	Telegramme	
	100 kg	720	Ortstelegr. Grundgebühr 200	
	200 kg	1440	Wortgebühr 100	
	400 kg	2800	4200	
	800 kg	5600	4800	
	1600 kg	11200	5600	
	3200 kg	22400	9600	
	6400 kg	44800	19200	
	12800 kg	89600	38400	
	25600 kg	179200	76800	
	51200 kg	358400	153600	
	102400 kg	716800	307200	
	204800 kg	1433600	614400	
	409600 kg	2867200	1228800	
	819200 kg	5734400	2457600	
	1638400 kg	11468800	4915200	
	3276800 kg	22937600	9830400	
	6553600 kg	45875200	19660800	
	13107200 kg	91750400	39321600	
	26214400 kg	183500800	78643200	
	52428800 kg	367001600	157286400	
	104857600 kg	734003200	314572800	
	209715200 kg	1468006400	629145600	
	419430400 kg	2936012800	1258291200	
	838860800 kg	5872025600	2516582400	
	1677721600 kg	11744051200	4793164800	
	3355443200 kg	23488102400	9586329600	
	6710886400 kg	46976204800	19172659200	
	13421772800 kg	93952409600	38345318400	
	26843545600 kg	187904819200	76690636800	
	53687091200 kg	375809638400	153381273600	
	107374182400 kg	751619276800	306762547200	
	214748364800 kg	1503238553600	613525094400	
	429496729600 kg	3006477107200	1227050188800	
	858993459200 kg	6012954214400	2454100377600	
	1717986918400 kg	12025908428800	4908200755200	
	3435973836800 kg	24051816857600	9816401510400	
	6871947673600 kg	48103		